Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Rede
Kiel, 29.09.1996

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Friesisch-Professur an der BU Flensburg

Die Argumente, die in der Hauptsache für die Abschaffung der Friesisch-Professur an der BU angeführt worden sind, halten einer kritischen Durchleuchtung nicht Stand.

Dem Argument der nur 7 Studierenden kann keine Bedeutung beigemessen werden. Diese Zahl ist verfälschend. Wenn wir über die Anzahl der Studierenden des Faches Friesisch sprechen, dann hoffentlich nicht nur über diejenigen, die Friesisch als Hauptfach belegt haben. Damit werden diejenigen Studierenden übergangen, die Friesisch als Nebenfach studieren.

Zu der Anzahl der Studierenden ist im übrigen zu sagen, daß niemand erwartet hat, Friesisch werde überproportional belegt werden. Es geht hier um ein Angebot, das aufrechterhalten werden muß, wenn wir die friesische Sprache aufrechterhalten wollen. Es geht darum, den Lehrernachwuchs zu sichern, auf den wir nicht verzichten können, wenn wir ein Interesse daran haben, daß die friesische Sprache an die nächsten Generationen weitergegeben wird.
Die Annahme der BU Flensburg, sie könnte durch Einsparung der Friesisch-Professur irgendwelche Gelder einsparen, ist unzutreffend. Da es sich um zweckgebundene Mittel handelt, wird die Landesregierung diese im Fall einer nicht vorhandenen Professur streichen müssen. Das hat dann dem Sparprozeß auch nicht weitergeholfen.

Eine Reaktion auf den Beschluß des Senats der BU, die Friesisch-Professur zu

streichen, ist die Forderung nach einer Hornorarprofessur. Der SSW meint, daß man der Förderung des Friesischen durch eine Honorarprofessur an der BU Flensburg nicht gerecht werden würde. Nachdem die Wogen um die Friesisch-Professur an der BU schon so lange so hoch geschlagen haben, ist zu befürchten, daß sich die Studierenden unter solchen unsicheren Bedingungen nicht auf ein Studium werden einlassen wollen. Im übrigen wäre es mit Sicherheit nicht einfach, eine qualifizierte Lehrkraft zu finden, die auf Dauer bereit wäre, in dieser unsicheren Situation zu unterrichten.

Anke Spoorendonk und ich haben es uns nicht leicht gemacht, als wir die Entscheidung zu treffen hatten, ob wir bereit sind, bei einem gemeinsamen Antrag mitzuwirken. Unsere Bedenken betrafen vor allem die Frage, ob ein solcher Antrag in einer solchen Form zu einem solchen Zeitpunkt noch etwas zu bringen vermag. Schließlich fordern wir mit unserem Antrag zu Gesprächen, zu weiterer Verhandlungsbereitschaft auf. Wir hoffen, daß alle Seiten sich bereit finden werden, Gespräche zu führen.

Wir traten letztlich für diesen Antrag ein, weil dieser Antrag, der nun von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, F. D. P. und SSW getragen wird, als parteienübergreifendener Antrag gedacht war.
Wir fingen an, unseren Glauben in dieser Sache zu verlieren, als die CDU sich aus unserem gemeinsamen Antrag ausgeklinkt hat. Wir beiden SSW-Vertreter können diesen Schritt nicht verstehen. Aus der Sicht des SSW sollten wir in dieser Situation alle zusammenstehen. Der Landtag sollte hier gemeinsam mit der Landesregierung Geschlossenheit zeigen. Schließlich steht die kulturelle Vielfalt dieses Landes auf dem Spiel.

Uns macht der abweichende Antrag der CDU-Fraktion gerade in Verbindung mit der für die Förderung des Fiesischen so wichtigen Professur deshalb so große Sorgen, weil wir der Auffassung waren, daß hier im Landtag zur Minderheitenpolitik Einigkeit herrscht. Die Minderheitenpolitik ist nach Artikel 5 unserer Verfassung Landesaufgabe. Gerade in Punkto Minderheitenpolitik zeigte der Landtag in der jüngsten Vergangenheit auch die Geschlossenheit, die erstrebenswert ist. Bei der Erörterung des Minderheitenberichtes, der ja erst einige Monate zurückliegt, hat Frau Röper für die CDU betont, daß die Minderheitenpolitik für alle im Landtag vertretenen demokratischen Parteien ein wichtiges Anliegen sei. Die Interessen der Minderheiten und Volksgruppen würden ohne Rücksicht auf die politische Zugehörigkeit vertreten. Frau Röper sagte wörtlich - und ich zitiere mit der Erlaubnis der Präsidentin/ des Präsidenten: Die Arbeit der friesischen Volksgruppe hat sich im Berichtszeitraum vielfältig entwickelt. Vor allem die intensiven Bemühungen, die friesische Sprache weiter zu verbreiten, verdienen Anerkennung und Unterstützung. - Zitat Ende. Sie verdienen Unterstützung - da gebe ich Ihnen völlig recht. Ich möchte ausdrücklich an die CDU-Fraktion appellieren: Bitte stimmen Sie dem

gemeinsamen Antrag zu. Lassen Sie mit Ihren Stimmen nicht zu, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, der Landtag würde sich nicht geschlossen hinter die Friesen stellen. Bitte tragen Sie gemeinsam mit uns dazu bei, von hier aus ein Signal nach draußen zu schicken. Wir brauchen ein gutes Signal für den Schutz der Minderheiten in Deutschland und in Europa.

Wir meinen, daß das Gespräch jetzt noch einmal und ganz intensiv gesucht werden muß. Wir hoffen, daß Überzeugungsarbeit hierdurch geleistet werden kann. Sollte es nicht möglich sein, die Leitung der BU von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Lehrstuhls zu überzeugen, dann erwarten wir Taten statt vieler Worte. Dann erwartet der SSW, daß die Landesregierung ein Zeichen setzt. Dann erwartet der SSW, daß die Landesregierung zeigt, was ihr der Minderheitenschutz wert ist. Dann erwartet der SSW eine Entscheidung zugunsten dieses Minderheitenschutzes und zu Lasten der Hochschulautonomie. So viel die Hochschulautonomie auch bedeutet und so wichtig sie uns allen ist: hier ist ihre Grenze überschritten.
Das Land Schleswig-Holstein ist stolz auf die Vielfalt seiner Kulturen. Diese Vielfalt ist es, um die uns andere beneiden. Diese Vielfalt dürfen wir uns nicht nehmen lassen.
Bitte unterstützen Sie uns alle zum Wohle der Friesen - und nicht zuletzt, damit sie auch künftig darauf pochen können, daß Üüs Racht es sa klaar üs di Sen!